

Antrag

der Abgeordneten Luise Amtsberg, Tom Koenigs, Omid Nouripour, Volker Beck, Britta Haßelmann und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seenotrettung jetzt - Konsequenzen aus Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer ziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit Jahresbeginn sind mehr als 1.800 Menschen auf der Flucht im zentralen Mittelmeer ums Leben gekommen. Bei der bisher tödlichsten Katastrophe in der Nacht vom 18. April 2015 sind etwa 900 Schutzsuchende 130 Kilometer vor der libyschen Küste ums Leben gekommen. Es gibt keine einfachen Antworten auf diese menschlichen Tragödien, festzuhalten aber ist, dass ein Grund für die steigenden Todeszahlen das Fehlen einer ausreichend effektiven und schnellen Seenotrettung ist. Neben der humanitären Hilfe in Kriegs- und Krisengebieten und einer auf Frieden ausgerichteten Außenpolitik, ist es zentral, dass die EU geeignete Maßnahmen zur Rettung von Menschenleben auf dem Mittelmeer auf den Weg bringt. Solche Maßnahmen sind ein Gebot der Menschlichkeit. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass solche menschenrechtlichen Maßnahmen kriminellen Schleppern Vorschub leistet. Das Fehlen legaler Einreisewege ist, was dieses Geschäft überhaupt erst lukrativ macht.

Als Konsequenz aus der Katastrophe vor Lampedusa im Oktober 2013, bei der 366 Menschen ums Leben kamen, hatte Italien die Seenotrettungsmission „Mare Nostrum“ ins Leben gerufen. Dies war nicht zuletzt eine Antwort auf das Ausbleiben einer effektiven europäisch getragenen Rettungsmission. Auch wenn weitere 3.600 Menschen im Jahr 2014 auf der Flucht über das Meer starben, konnte Mare Nostrum 150.000 Menschenleben retten. Da die EU-Mitgliedstaaten die monatlichen Kosten von 9 Millionen Euro dieser Marineoperation nicht mittragen wollten, wurde Mare Nostrum Ende 2014 eingestellt. Es war ein Fehler, dass die Rettungsaktion „Mare Nostrum“ – auch und gerade auf Betreiben der Bundesregierung - Ende 2014 eingestellt worden ist. Und es war ein Fehler, dass die Bundesregierung bis zuletzt, das Ende von „Mare Nostrum“ gerechtfertigt hat. Dadurch wurden Zeit und Ressourcen vergeudet, die zur Rettung Tausender Menschen dringend benötigt worden wären.

Die an ihre Stelle getretene und durch die EU-Grenzschutzagentur Frontex organisierte Mission „Triton“, die aus 8 Booten, 3 Flugzeugen und lediglich einem

deutschen Rettungshubschrauber besteht, hat jedoch nur ein Drittel dieses Budgets und einen sehr viel geringeren Rettungsradius. „Triton“ ist zudem

bisher nicht primär darauf ausgerichtet, Leben zu retten, sondern die Grenzabwehrmaßnahmen zu verstärken.

Wenn das Vakuum humanitärer Verantwortung nicht geschlossen wird, drohen die Todesopfer dieser Flüchtlingspolitik zuzunehmen. Als Reaktion auf die neuen Flüchtlingskatastrophen haben die Regierungen von Italien und Malta schnelle europäische Unterstützung eingefordert – zu Recht, denn was auf dem Mittelmeer geschieht kann nicht allein die Verantwortung einzelner Mitgliedsstaaten sein. Auch Papst Franziskus verlangte eine schnelle und entschiedene Reaktion. Die EU-Staats- und Regierungschefs dürfen es bei ihren Beratungen nicht bei Ankündigungen belassen, sondern müssen mit kurz- und langfristigen Maßnahmen verhindern, dass sich Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer wiederholen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass das Massensterben von Schutzsuchenden an den Außengrenzen der EU mit folgenden Maßnahmen eingedämmt wird:

- sofort eine europäische Initiative zur Seenotrettung auf dem Niveau der italienischen Seenotrettungsmission „Mare Nostrum“ zu starten, die gesamteuropäisch finanziert und organisiert wird, damit kurzfristig und schnell auf die dramatische Situation an unseren Küsten reagiert werden kann, anstatt weiterhin auf Grenzabwehrmaßnahmen zu setzen;
- damit Menschen, die vor Krieg und Gewalt fliehen und in Europa Schutz suchen müssen, nicht auf eine lebensgefährliche Mittelmeerüberquerung und Schleuserorganisationen angewiesen sind, müssen alle EU-Mitgliedstaaten bereits bestehende Möglichkeiten der legalen Einreise für Schutzsuchende, wie etwa die Familienzusammenführung, Humanitäre Aufnahmeprogramme oder das Resettlementprogramm der Vereinten Nationen, ausschöpfen und ausbauen;
- zusätzlich müssen weitere legale und geschützte Einreisemöglichkeiten für Schutzsuchende, wie etwa die Vergabe humanitärer Visa, geschaffen werden
- an einer friedensfördernden Strategie in den Herkunfts- und Transitländern zu arbeiten um Fluchtursachen zu bekämpfen und Maßnahmen hin zu einer demokratischen Transformation zu unterstützen

Berlin, den 21. April 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion